

Merkblatt

NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser – Ergänzungsdarlehen zum Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ –

Die Investitionen im Abwasserbereich zählen trotz großer Anstrengungen der letzten Jahre zu den großen finanziellen Herausforderungen im Infrastrukturbereich. Ein zentraler Bestandteil zur Finanzierung von Vorhaben im Abwasserbereich ist das Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“, aus dem Darlehen oder Zuwendungen gewährt werden können. Zur Sicherstellung einer zinsgünstigen Gesamtfinanzierung von Investitionsvorhaben bietet die NRW.BANK eine ergänzende Förderung – ausgenommen sind die Förderbereiche Industrielle Abwasserbeseitigung (FB 1), Fremdwasser – Private Kanalsanierung (FB 5.2), Sanierung Privater Hausanschlüsse (FB 5.4), Forschungs- und Entwicklungsprojekte zur Abwasserbeseitigung (FB 6) – an.

1. Antragsteller

Gefördert werden Abwasserbeseitigungspflichtige in Anlehnung an die jeweils gültige Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Förderprogramms „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“:

- Gemeinden,
- Gemeindeverbände,
- kommunale Einrichtungen,
- sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts soweit sie Aufgaben nach den §§ 46 und 52 Absatz 2 sowie § 53 des Landeswassergesetzes für die Abwasserbeseitigungspflichtigen durchführen.

2. Verwendungszweck

Das Ergänzungsdarlehen kann für alle Investitionen, die im Rahmen der jeweils gültigen Richtlinien für das Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ förderfähig sind, verwendet werden. Das Ergänzungsdarlehen kann daher nur in Kombination mit der Beantragung eines/einer

- Darlehens (Förderbereiche: Misch- und Niederschlagswasserbehandlung sowie -rückhaltung [FB 4.1] und Fremdwasser – Öffentliche Kanalsanierung [FB 5.1])
- Zuwendung (Förderbereiche: Gutachterliche Untersuchungen zu Energiesparmaßnahmen öffentlicher Abwasseranlagen [FB 2.1], Energiesparmaßnahmen und Ressourceneffizienz auf öffentlichen Abwasseranlagen [FB 2.2], Reduzierung von Stoffeinträgen aus öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen [FB 3], Bodenfilteranlagen [FB 4.2], Technische Anlagen zur weitergehenden Behandlung von Niederschlagswasser [FB 4.3] und Sanierung der Abwasseranlagen auf kommunalen oder privaten* Liegenschaften [FB 5.3])

beantragt werden.

* Die Kommune stellt den Antrag für Eigentümer der privaten Liegenschaft oder Erbbauberechtigte, die Leistungen nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII) oder ALG II beziehen und die Immobilie selbst bewohnen (entsprechend Nummer 11.4 der Richtlinie).

Gefördert werden alle Ausgaben, die im Rahmen der zu finanzierenden Projekte anfallen und gemäß der jeweiligen Tatbestände nach Maßgabe der Richtlinie „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ förderfähig sind.

Die NRW.BANK schließt bestimmte Vorhaben generell von einer Finanzierung aus oder gibt einzuhaltende Bedingungen vor. Die verbindliche Anwendungsliste der Nachhaltigkeitsleitlinien ist unter www.nrwbank.de/anwendungsliste-nachhaltigkeit zu finden. Mehr Informationen zum Thema Nachhaltigkeit der NRW.BANK können unserer Internetseite entnommen werden.

3. Umfang der Förderung

Finanzierungsanteil:

Bis zu 100% der förderfähigen Investitionskosten.

Höchstbetrag: in der Regel 5 Mio. €

Die Förderung aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ sowie weitere Förderungen und Beiträge (z. B. Anliegerbeiträge) werden auf die Förderung des NRW.BANK.Ergänzungsprogramm. Abwasser angerechnet.

4. Darlehenskonditionen

Laufzeit: 30 Jahre

Zinssatz:

Die Zinsbindung beträgt 10 Jahre bei 5 tilgungsfreien Jahren. Eine vorzeitige Rückzahlung des Darlehens ist ausgeschlossen.

Das Programm wird gegebenenfalls durch die KfW, die LR oder die EIB refinanziert.

Die Abruffrist für das Darlehen beträgt 1 Jahr.

Tilgung:

Die Tilgung erfolgt in gleich bleibenden vierteljährlichen Raten.

Auszahlung: 100%

Bereitstellungsprovision:

Es wird keine Bereitstellungsprovision berechnet.

5. Besicherung

Das Darlehen ist, soweit es sich beim Antragsteller nicht um eine Gemeinde, deren rechtlich unselbstständigen Abwasserbetrieb oder einen Abwasserverband handelt, mit einer Kommunalbürgschaft zu unterlegen.

6. Antrags-/Zusageverfahren

Ein Darlehen aus dem NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser kann nur bei gleichzeitiger Inanspruchnahme eines Darlehens beziehungsweise der Gewährung einer Zuwendung aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ beantragt werden.

Die Beantragung des
NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser

- in Kombination mit einem Darlehen aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ erfolgt auf dem Antragsformular für Darlehen des Förderprogramms „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“. Mit dem Vorhaben soll vor Antragstellung nicht begonnen worden sein.
- in Kombination mit einer Zuwendung aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ erfolgt auf separaten Antragsformularen sowohl für die Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ als auch für das NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser. Mit dem Vorhaben darf vor Bewilligung der NRW.BANK nicht begonnen werden.

Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrags zu werten. Bei Baumaßnahmen gelten Grunderwerb, Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn des Vorhabens.

Bei Ausgabenerhöhungen kann eine Erhöhung des Darlehens aus dem Ergänzungsprogramm im Laufe des Investitionsvorhabens beantragt werden.

Nach Antragstellung sagt die NRW.BANK das Darlehen mit einer Globalzusage zu. Die Mittel werden auf Antrag nach Baubeginn in einem Betrag ausgezahlt. Die Auszahlung erfolgt analog zum Auszahlungsverfahren für Darlehen des Förderprogramms „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ jeweils nach Plafondbildung (Zusammenfassung mehrerer Abrufe zum Auszahlungszeitpunkt). Der Zinssatz wird ebenfalls analog zum Verfahren beim Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ bei Plafondbildung festgelegt.

Mit der Verwendungsnachweisführung bei

- Darlehen aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ wird auch der Verwendungsnachweis für das NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser geführt
- Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ sind separate Verwendungsnachweise sowohl für die Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ als auch für das NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser zu führen.

Ein Rechtsanspruch auf ein Darlehen aus diesem Programm besteht nicht.

Informationen erhalten Sie bei der

NRW.BANK Kavalleriestraße 22 40213 Düsseldorf	NRW.BANK Friedrichstraße 1 48145 Münster
---	--

Service-Center:	+ 49 211 91741-4800
E-Mail:	info@nrwbank.de
Internet:	www.nrwbank.de/abwasserergänzung

Antrag für Darlehen

- gemäß der Richtlinie „Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II“ (ResA II), Förderbereiche (FB) 4.1 und 5.1 ①
- gemäß Merkblatt „NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser“

Antrag bitte vollständig ausfüllen und Zutreffendes ankreuzen.

1. Antragstellerin/Antragsteller

- 1.1
Gemeinde/Verband
- 1.2
Anschrift (Straße, PLZ, Ort)
- 1.3
Investitionsort (Straße, PLZ, Ort)
- 1.4
Ansprechpartnerin/Ansprechpartner Telefon

2. Antrag

- 2.1 Bezeichnung des Vorhabens
- 2.2 Beantragtes Förderdarlehen (Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II) EUR
- 2.3 Beantragtes Förderdarlehen (NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser) EUR
- 2.4 Verwendung
- Misch- und Niederschlagswasserbehandlung sowie -rückhaltung (FB 4.1) Fremdwasser – Öffentliche Kanalsanierung (FB 5.1)

3. Investitions- und Finanzierungsplan ②

(ohne MwSt., soweit abzugsfähig, und ohne Finanzierungskosten)

		Angaben in TEUR	
3.11 Grunderwerb, Leitungsrechte o.Ä.	<input type="text"/>	3.21 Eigenmittel ③	<input type="text"/>
3.12 Inseratskosten, Genehmigungsgebühren usw.	<input type="text"/>	3.22 Öffentl. Zuschuss ④	<input type="text"/>
3.13 Investitionskosten		3.23 Darlehen ResA, NRW.BANK. Ergänzungsprogramm. Abwasser	<input type="text"/>
a) Baukosten Neubau	<input type="text"/>	ERP	<input type="text"/>
b) Baukosten Umbau	<input type="text"/>	KfW	<input type="text"/>
c) Maschinen/Einrichtung	<input type="text"/>	Hausbank	<input type="text"/>
3.14 Ingenieurleistungen		3.24 Sonstige Fremdmittel ④	<input type="text"/>
a) Fremde Ingenieurleistungen	<input type="text"/>	3.25 Mit der Abwasserabgabe nach § 10 Abs. 3 oder 4 des Abwasserabgabengesetzes zu verrechnende Aufwendungen	<input type="text"/>
b) Eigene Ingenieurleistungen	<input type="text"/>		
c) Ausgaben für extern vergebene Planungen, Baugrunduntersuchungen, Bauleitung sowie Außenanlagen	<input type="text"/>		
3.15 Hausanschlüsse	<input type="text"/>		
3.16 Sonstiges/Unvorhergesehenes/Aufrundung	<input type="text"/>		
	Summe <input type="text"/>	Summe	<input type="text"/>

4. Bürgschaft übernimmt*)

*) Nur bei Anstalten des öffentlichen Rechts.

5. Angaben zum Vorhaben

5.1 Beschreibung (gegebenenfalls Anlage beifügen):

5.2 Mit der Durchführung des zu fördernden Vorhabens wird am _____ begonnen. Als Beginn ist unter anderem der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten. Planung, Genehmigungsverfahren, Baugrunduntersuchung, Grunderwerb und Herrichten des Grundstückes – z. B. Gebäudeabbruch, Planieren – gelten nicht als Beginn des Vorhabens.

5.3 Voraussichtliche Beendigung des Vorhabens: _____

In der Zusage der NRW.BANK wird die Abruffrist des Darlehens für das unter 2.1 bezeichnete Vorhaben auf die voraussichtliche Beendigung des Vorhabens plus 3 Monate beschränkt. Die Antragstellerin/Der Antragsteller hat die Fertigstellung oder Inbetriebnahme des geförderten Vorhabens im Sinne des § 66 Abs. 2 LWG der NRW.BANK schriftlich mitzuteilen. Kann das Vorhaben nicht rechtzeitig fertiggestellt oder in Betrieb genommen werden, entfällt der Anspruch auf Förderung. Ausnahmen sind nur dann möglich, wenn dargelegte Gründe erkennen lassen, dass die Verzögerungen unvermeidlich und nicht von der Antragstellerin/dem Antragsteller oder von ihr/ihm Beauftragten zu vertreten sind.

6. Bestätigung

6.1 Ich/Wir bestätige(n) dass die Zuwendungsvoraussetzungen der jeweiligen Förderbereiche vorliegen:

- Nachweis eines nicht beanstandeten und gültigen Abwasserbeseitigungskonzept – ABK (einschließlich Aussagen zur Niederschlagswasserbeseitigung)
- Maßnahme entspricht der erforderlichen Genehmigung nach § 58 Abs. 2 LWG

Förderbereich 4.1:

- Einbau von kontinuierlich aufzeichnenden Wasserstandsmessgeräten nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zur Überwachung in die Niederschlagswasserbehandlungsanlagen, die eine Ausmessung der gemessenen Wassermenge gemäß § 3 Satz 2 SÜwVO Abw vom 17. Oktober 2013 (GV. NRW. S. 602) in der jeweils geltenden Fassung ermöglichen

Förderbereich 5.1:

- Erfolgte Untersuchung der gesamten gemeindlichen Kanalisation gemäß den Anforderungen der SÜwVO Abw
- Nachweis gegenüber der für die Überwachung nach § 93 LWG zuständigen Behörde
- Nachweis über einen Verdünnungsanteil von mehr als der Hälfte des Abwasserabflusses bei Trockenwetter für die abgegrenzten Teilbereiche des Kanalnetzes wurde gegenüber der Bezirksregierung erbracht
Falls nein: Nachweis ist als Anlage beigefügt.
- Erfolgte Berücksichtigung der Ziele des Klimaschutzes.

6.2 Ich/Wir bestätigen, dass alle Arbeiten, Lieferungen und Leistungen für die Ausführung des zugrundeliegenden Projektes, sofern erforderlich, entsprechend den nationalen Vorschriften ausgeschrieben wurden und das anwendbare Vergaberecht eingehalten wird.

6.3 Ich/Wir bestätigen, dass derzeit für das zugrundeliegende Projekt keine Finanzierungsmittel aus anderen Fördermaßnahmen der Europäischen Investitionsbank in Anspruch genommen werden.

6.4 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag

6.5 Mir/Uns ist bekannt, dass die zur Antragsberechtigung (Nummern 1 bis 6.3) und zum Verwendungszweck angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und dass Subventionsbetrug strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt sind. Mir/Uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir/Uns sind ferner die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt; insbesondere werde ich/werden wir jede Abweichung von den bestehenden Angaben unverzüglich schriftlich der NRW.BANK mitteilen, bei der der Antrag eingereicht wurde.

- 6.6 Mir/Uns ist bekannt, dass alle in diesem Antrag angegebenen personenbezogenen Daten von den am Verfahren Beteiligten zum Zweck der Antragsbearbeitung und Darlehensverwaltung, soweit es zur rechtmäßigen Aufgabenerfüllung und zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen zwischen den Beteiligten erforderlich ist, erhoben, gespeichert und genutzt sowie zwischen diesen gegenseitig übermittelt werden dürfen.

Beteiligte können die NRW.BANK, die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen und die von diesen beauftragten Stellen sein, sowie die KfW, die EIB (Europäische Investitionsbank) und die LR (Landwirtschaftliche Rentenbank), sofern sie an der Refinanzierung beteiligt sind.

Ich/Wir befreie(n) insoweit die NRW.BANK vom Bankgeheimnis.

7. Ergänzende Unterlagen

- bei Zweckverbänden: Verbandssatzung
- bei Anstalten des öffentlichen Rechts: Anstaltssatzung, Informationsbogen für Einleger
- bei nicht rechtsfähigen Eigenbetrieben: Eigenbetriebssatzung

8. Ich/Wir werde(n) folgendes Rechnungsprüfungsamt oder die für die Vorprüfung zuständige Stelle im Sinne des § 100 Abs. 4 LHO bzw. folgende interne Revisionsabteilung bzw. entsprechende(n) unabhängige(n) Wirtschaftsprüferin/Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung des Verwendungsnachweises beauftragen:

Bezeichnung/Name

Anschrift

Ort, Datum

(Siegel)

Unterschrift(en)/Dienststellung(en) bzw. Firma/Stempel und Unterschrift(en) der Antragstellerin(en)/des(r) Antragsteller(s)

Erläuterungen

- ① Anträge sind von der Antragstellerin/vom Antragsteller bei der NRW.BANK, 101-81300, 40188 Düsseldorf, in zweifacher Ausfertigung einzureichen.
- ② Grundsätzlich nicht förderfähig sind: Die aufgrund der Investitionen entstehenden laufenden betrieblichen Ausgaben, unbare Eigenleistungen, Skonti, Rabatte, Kreditbeschaffungskosten einschließlich Bauzinsen, Grunderwerbskosten (Grunderwerbssteuern, Notarkosten, Gerichtskosten), allgemeine Nebenkosten (insbesondere Inseratskosten, Genehmigungsgebühren/Finanzierungskosten, Versicherung, Vermessungskosten), Mehrausgaben infolge bergbaulicher Einwirkungen, die Mehrwertsteuer (sofern diese als Vorsteuer abziehbar) sowie Ausgleichsmaßnahmen nach dem BNatSchG, Landschaftsgesetz (LG) und Landesforstgesetz (LFOG). Darüber hinaus sind Mehrausgaben aufgrund von Preissteigerungen sowie fehlerhafter Kalkulationen und Antragstellungen, die nach Bekanntgabe der Entscheidung über den Förderantrag geltend gemacht werden, nicht förderfähig.
- ③ Eigenmittel beinhalten Beiträge und einmalige Gebühren, nicht hingegen laufende Gebühren. Alle rückzahlbaren Fremdmittel (Kapitalmarktdarlehen, Darlehen usw.) zählen nicht zu den Eigenmitteln.
- ④ Bitte in gesonderter Anlage erläutern.

NRW.BANK.Ergänzungsprogramm.Abwasser

Allgemeine Bestimmungen

1. Verwendung der Mittel

- 1.1 Die Darlehensmittel dürfen nur zur anteiligen Finanzierung des geförderten Vorhabens eingesetzt werden.
- 1.2 Der Verwendungsnachweis wird im Regelfall zusammen mit dem Darlehen beziehungsweise mit dem für die gewährte Zuwendung aus dem Programm Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II nach dessen Modalitäten geführt.

2. Abruf der Mittel

- 2.1 Die Darlehensmittel werden in einer Summe ausgezahlt.
- 2.2 Der Abruf erfolgt im Regelfall mit dem ersten Abruf der Darlehensmittel beziehungsweise der ersten Auszahlung der Zuwendung aus dem Programm Ressourceneffiziente Abwasserbeseitigung NRW II.

3. Herkunft der Mittel/Auskunftspflicht

- 3.1 Die Darlehensmittel können von der NRW.BANK über die KfW oder die Europäische Investitionsbank (gegebenenfalls auch anteilig) refinanziert werden.
- 3.2 Die NRW.BANK ist gegenüber den unter 3.1 genannten Stellen zur Auskunft über das geförderte Investitionsvorhaben verpflichtet und insoweit von der Schweigepflicht entbunden.

4. Kürzungsvorbehalt

- 4.1 Die NRW.BANK ist berechtigt, den Darlehensbetrag anteilig zu kürzen, wenn sich die förderbaren Kosten des Vorhabens ermäßigen und keine weiteren förderbaren Kosten aus anderen Vorhaben nachgewiesen werden können. Betrifft die Kürzung bereits ausgezahlte Beträge, so sind die Kürzungsbeträge von der Darlehensnehmerin/dem Darlehensnehmer auf erstes Anfordern an die NRW.BANK zurückzuzahlen. In diesen Fällen trägt die Darlehensnehmerin/der Darlehensnehmer die Vorfälligkeitsentschädigung für den zurückgezählten Darlehensbetrag.
- 4.2 Die zurückgezählten Kürzungsbeträge werden grundsätzlich gleichmäßig auf die Restlaufzeit verteilt.

5. Außerplanmäßige Rückzahlung

- 5.1 Eine freiwillige außerplanmäßige Rückzahlung des Darlehens ist innerhalb der Zinsbindungsfristen im Rahmen der gesetzlichen Regelungen ausgeschlossen.
- 5.2 Das Rückzahlungsrecht gemäß § 488 Absatz 3 Satz 3 BGB ist für die Darlehensnehmerin/den Darlehensnehmer ausgeschlossen.

- 5.3 Außerplanmäßige Rückzahlungen zum Ende der Zinsbindungsfristen werden gleichmäßig auf die Restlaufzeit verteilt.

- 5.4 Bei Vereinbarung eines negativen Zinssatzes hat der Darlehensnehmer/die Darlehensnehmerin keinen Anspruch auf eine Entschädigung für nicht angefallene Zahlungsbeträge.

6. Besicherung

Die NRW.BANK ist berechtigt, sich bei Darlehensnehmerinnen/Darlehensnehmern, die keine Gebietskörperschaften sind, die Bürgschaft einer Gebietskörperschaft für die Darlehensgewährung vorlegen zu lassen.

7. Besondere Pflichten der Darlehensnehmerin/ des Darlehensnehmers

Die Darlehensnehmerin/der Darlehensnehmer ist verpflichtet,

- 7.1 mit der Darlehenszusage verbundene Bedingungen und Auflagen zu erfüllen,
- 7.2 die NRW.BANK unverzüglich zu unterrichten, wenn
 - 7.2.1 die der Darlehenszusage zugrunde liegenden Investitionen und/oder deren Finanzierung sich ändern,
 - 7.2.2 sich die Fertigstellung oder Inbetriebnahme des Vorhabens ändert,
 - 7.2.3 die Stilllegung, Veräußerung, Vermietung oder Verpachtung des geförderten Betriebes bzw. geförderter Anlagen ganz oder teilweise bevorsteht,
 - 7.2.4 einer der unter Nr. 10 aufgeführten Sachverhalte vorliegt.

8. Unwirksamkeit der Darlehenszusage

Die Darlehenszusage der NRW.BANK wird in Höhe des nicht angeforderten Darlehensbetrages unwirksam, wenn innerhalb der in der Zusage genannten Abruffrist

- die Darlehensnehmerin/der Darlehensnehmer die Voraussetzungen nicht verwirklicht, die zur Anforderung des Darlehensbetrages berechtigen,
- die Anforderung des Darlehensbetrages bei der NRW.BANK nicht erfolgt.

Die Frist kann von der NRW.BANK auf Antrag nur dann verlängert werden, wenn dargelegte Gründe erkennen lassen, dass die Verzögerungen unvermeidlich und nicht von der Darlehensnehmerin/vom Darlehensnehmer oder von ihren/seinen Beauftragten zu vertreten sind.

9. **Widerruf der Darlehenszusage**

Die NRW.BANK kann aus wichtigen Gründen von ihrer Darlehenszusage vor Auszahlung des Darlehensbetrages zurücktreten bzw. die Darlehenszusage widerrufen. Dies gilt insbesondere, wenn

- Förderungsvoraussetzungen nicht mehr gegeben sind,
- über das Vermögen der Darlehensnehmerin/des Darlehensnehmers das Insolvenzverfahren beantragt wird.

10. **Kündigung aus wichtigem Grund**

Die NRW.BANK kann das Darlehen jederzeit aus wichtigem Grunde zur sofortigen Rückzahlung kündigen und der Darlehensnehmerin/dem Darlehensnehmer eine Vorfälligkeitsentschädigung in Rechnung stellen, insbesondere wenn

- 10.1 die Darlehensnehmerin/der Darlehensnehmer das Darlehen zu Unrecht, vor allem durch unzutreffende Angaben, erlangt hat,
- 10.2 sie/er das geförderte Vorhaben nicht bzw. nicht innerhalb des Fertigstellungszeitraums verwirklicht oder von den der Darlehenszusage zugrunde liegenden Investitionen wesentlich abweicht, ohne dass diesen Änderungen zugestimmt wird,
- 10.3 sie/er das Darlehen nicht dem in der Darlehenszusage genannten Verwendungszweck entsprechend einsetzt,
- 10.4 sie/er mit der Darlehenszusage verbundene Bedingungen und Auflagen nicht erfüllt,
- 10.5 sie/er die Verwendung der Mittel nicht ordnungsgemäß oder nicht rechtzeitig nachweist,
- 10.6 Förderungsvoraussetzungen nachträglich entfallen sind,
- 10.7 über das Vermögen der Darlehensnehmerin/des Darlehensnehmers das Insolvenzverfahren beantragt wird,
- 10.8 der geförderte Betrieb bzw. geförderte Anlagen ganz oder teilweise stillgelegt, veräußert, vermietet oder verpachtet wird/werden,
- 10.9 die Darlehensnehmerin/der Darlehensnehmer länger als einen Monat mit Zahlungen im Verzug ist.

11. **Prüfungsrechte/Auskunftserteilung**

- 11.1 Die Darlehensnehmerin/Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, der NRW.BANK, der KfW und der EIB – sofern sie an der Refinanzierung beteiligt sind – oder den von ihnen Beauftragten über das geförderte Investitionsvorhaben Auskünfte zu erteilen und insoweit Einblick in den Haushaltsplan beziehungsweise die Geschäfts- und Darlehensunterlagen zu gewähren.
- 11.2 Die Darlehensnehmerin/Der Darlehensnehmer räumt zu diesem Zweck der NRW.BANK und den von ihr Beauftragten ein Betretungsrecht ein.

12. **Verzugszinsen**

- 12.1 Wird eine vereinbarte Leistung bei Fälligkeit nicht erbracht, kann die NRW.BANK ihren Verzugsschaden in Rechnung stellen.

- 12.2 Bei Vereinbarung eines negativen Zinssatzes entfällt die Zahlungsverpflichtung der NRW.BANK an den Darlehensnehmer/die Darlehensnehmerin, soweit fällige Tilgungsraten nicht geleistet werden.

13. **Belassung oder Übertragung**

- 13.1 Die NRW.BANK kann der Darlehensnehmerin/dem Darlehensnehmer das Darlehen zu den bisherigen Bedingungen belassen, wenn der geförderte Betrieb oder geförderte Anlagen an einen Dritten vermietet oder verpachtet wird/werden und der Förderungszweck weiterhin gegeben ist.
- 13.2 Die NRW.BANK kann das Darlehen zu den bisherigen Bedingungen auf die Erwerberin/den Erwerber des geförderten Betriebs oder geförderter Anlagen übertragen, wenn der Förderungszweck weiterhin gegeben ist. Die NRW.BANK kann die Übertragung von weiteren Bedingungen (z. B. von der Besicherung) abhängig machen.

- 13.3 Darüber hinaus kann die NRW.BANK auf Antrag der Darlehensnehmerin/des Darlehensnehmers das Darlehen aus anderen Gründen zu den bisherigen Bedingungen belassen. Die NRW.BANK kann die Belassung von weiteren Bedingungen abhängig machen.

14. **Leistungseinzug**

Die NRW.BANK wird fällige Leistungen – auch für den Fall einer vorzeitigen Kündigung – im Lastschriftverfahren einziehen.

15. **Gebühren, Steuern oder sonstige Kosten**

Gebühren, Steuern oder sonstige Kosten, die aus dem Vertragsverhältnis zwischen der NRW.BANK und der Darlehensnehmerin/dem Darlehensnehmer erwachsen, sind von der Darlehensnehmerin/dem Darlehensnehmer zu erstatten.

16. **Schriftform**

Alle Änderungen oder Ergänzungen dieser allgemeinen Bestimmungen oder des jeweils geltenden förderprogrammspezifischen Merkblatts bedürfen bis zum Abschluss des Darlehensvertrags zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieser Schriftformklausel selbst.

17. **Erfüllungsort, Gerichtsstand und anzuwendendes Recht**

Erfüllungsort ist Düsseldorf. Gerichtsstand ist der allgemeine Gerichtsstand der NRW.BANK.

Auch im Falle der Vereinbarung eines negativen Zinssatzes finden die gesetzlichen Bestimmungen zum Darlehensrecht Anwendung.

18. **Schutz der Einlagen**

Die NRW.BANK ist der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH, Lennéstraße 11, 10785 Berlin angeschlossen. Der Schutzzumfang und die Ausnahmen vom Einlegerschutz können im Internet unter www.voeb-edoe.de abgefragt werden. Nicht geschützt sind die in § 6 Einlagensicherungsgesetz genannten Einlagen. Hierzu zählen insbesondere Einlagen von Kreditinstituten und der öffentlichen Hand.

Informationsbogen für den Einleger

Einlagen bei der NRW.BANK, Anstalt des öffentlichen Rechts, sind geschützt durch:	Entschädigungseinrichtung des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH (1)
Sicherungsobergrenze:	100.000 Euro pro Einleger pro Kreditinstitut (2)
Falls Sie mehrere Einlagen bei demselben Kreditinstitut haben:	Alle Ihre Einlagen bei demselben Kreditinstitut werden addiert und die Gesamtsumme unterliegt der Obergrenze von 100.000 Euro. (2)
Falls Sie ein Gemeinschaftskonto mit einer oder mehreren anderen Personen haben:	Die Obergrenze von 100.000 Euro gilt für jeden einzelnen Einleger. (3)
Erstattungsfrist bei Ausfall eines Kreditinstituts:	20 Arbeitstage bis zum 31. Mai 2016 beziehungsweise 7 Arbeitstage ab dem 1. Juni 2016
Währung der Erstattung:	Euro
Kontaktdaten:	Entschädigungseinrichtung des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH Lennéstraße 11 10785 Berlin einlagensicherung@voeb-edoe.de Telefon: 030 8192-0
Weitere Informationen:	www.voeb-edoe.de

Empfangsbestätigung durch den Einleger:



Zusätzliche Informationen (für alle oder einige der nachstehenden Punkte)

- (1) Ihre Einlage wird von einem gesetzlichen Einlagensicherungssystem gedeckt. Im Fall einer Insolvenz Ihres Kreditinstituts werden Ihre Einlagen in jedem Fall bis zu 100.000 Euro erstattet.
- (2) Sollte eine Einlage nicht verfügbar sein, weil ein Kreditinstitut seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen kann, werden die Einleger von dem Einlagensicherungssystem entschädigt. Die betreffende Deckungssumme beträgt maximal 100.000 Euro pro Kreditinstitut. Das heißt, dass bei der Ermittlung dieser Summe alle bei demselben Kreditinstitut gehaltenen Einlagen addiert werden. Hält ein Einleger beispielsweise 90.000 Euro auf einem Sparkonto und 20.000 Euro auf einem Girokonto, werden ihm lediglich 100.000 Euro erstattet.
- (3) Bei Gemeinschaftskonten gilt die Obergrenze von 100.000 Euro für jeden Einleger.

Einlagen auf einem Konto, über das zwei oder mehrere Personen als Mitglieder einer Personengesellschaft oder Sozietät, einer Vereinigung oder eines ähnlichen Zusammenschlusses ohne Rechtspersönlichkeit verfügen können, werden bei der Berechnung der Obergrenze von 100.000 Euro allerdings zusammengefasst und als Einlage eines einzigen Einlegers behandelt. In den Fällen des § 8 Abs. 2-4 des Einlagensicherungsgesetzes sind Einlagen über 100.000 Euro hinaus gesichert.

Weitere Informationen sind erhältlich über: www.voeb-edoe.de

(4) Erstattung

Das zuständige Einlagensicherungssystem ist die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH, Lennéstraße 11, 10785 Berlin, E-Mail: einlagensicherung@voeb-edoe.de, Telefon 030 8192-0. Es wird Ihnen Ihre Einlagen (bis zu 100.000 Euro) spätestens innerhalb von 20 Arbeitstagen bis zum 31. Mai 2016 beziehungsweise 7 Arbeitstagen ab dem 1. Juni 2016 erstatten.

Haben Sie die Erstattung innerhalb dieser Fristen nicht erhalten, sollten Sie mit dem Einlagensicherungssystem Kontakt aufnehmen, da der Gültigkeitszeitraum für Erstattungsforderungen nach einer bestimmten Frist abgelaufen sein kann. Weitere Informationen sind erhältlich über: www.voeb-edoe.de

Weitere wichtige Informationen

Einlagen von Privatkunden und Unternehmen sind im Allgemeinen durch Einlagensicherungssysteme gedeckt. Für bestimmte Einlagen geltende Ausnahmen werden auf der Website des zuständigen Einlagensicherungssystems mitgeteilt. Ihr Kreditinstitut wird Sie auf Anfrage auch darüber informieren, ob bestimmte Produkte gedeckt sind oder nicht. Wenn Einlagen entschädigungsfähig sind, wird das Kreditinstitut das auch auf dem Kontoauszug bestätigen.